

# Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1994

## - Ein kurzer Überblick -

### - Außenpolitik -

Oskar Weggel

1994 stand Asien erneut im Zentrum der chinesischen Außenpolitik - Beweis dafür, daß die VRCh, nachdem sie sich jahrzehntelang isoliert hatte und im Zeichen des Maoismus einen höchst eigenwilligen und konfliktreichen Kurs gefahren war, ihre "asiatische Identität" voll wiederentdeckt hat.

Ganz besonders beschäftigte sich Beijing den größten Teil des Jahres über mit Korea: Während die Beziehungen zu Südkorea immer intensiver wurden (China-Besuch Kim Yong Sams im März und Südkorea-Besuch Li Pengs im November), gingen sie gegenüber Nordkorea weiter auf Talfahrt, zumal sich Pyongyang offensichtlich nicht auf die chinesischen Vorstellungen zur Denuklearisierung einlassen wollte. Durch den Tod Kim Il Songs am 9. Juli wurde der Nuklearkonflikt zwar aufgeschoben, nicht aber aufgehoben.

Weitere Annäherungen fanden auch im chinesisch-vietnamesischen Verhältnis statt. Im November besuchte Staatspräsident Jiang Zemin die SRV und konnte sich dabei mit seinen Gesprächspartnern erneut darüber einigen, daß sämtliche bilateralen Konflikte, nicht zuletzt die Spratly-Frage, auf friedlichem Weg gelöst werden müßten.

Im April reiste Ministerpräsident Li Peng zwölf Tage lang durch fünf zentralasiatische Staaten (Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Kasachstan und die Mongolei), wobei er sich bemühte, den Anliegern der "Seidenstraße" die Furch vor China zu nehmen. Die Themen "Islamischer Fundamentalismus", "Nationalismus" und "Pantürkischer Integrationismus" wurden bei den Gesprächen sorgfältig ausgespart. Die Hauptstrategie Beijings besteht offensichtlich darin, sich selbst, vor allem aber die islamischen Teile der VRCh - und hier wieder vor allem Xinjiang - zu Modellen auszubauen, auf die das benachbarte Asien nicht voller Angst, sondern voller Neid blicken.

Im November erfolgte eine neue außenpolitische Großoffensive: Li Peng besuchte, wie erwähnt, Südkorea, der Stellvertretende Staatspräsident Rong Yiren reiste nach Japan, Staatspräsident Jiang Zemin nahm an der APEC-Gipfelkonferenz in Jakarta teil und begab sich zusätzlich nach Singapur und Malaysia, Politbüromitglied Qiao Shi

schließlich besuchte Neuseeland, Australien, Argentinien, Brasilien und die Fidschi-Inseln. Neben den Wirtschaftsinteressen wurde bei all diesen Besuchen auch immer der Wille Beijings betont, Friedens- und Stabilitätspolitik betreiben zu wollen.

Bereits im Juni hatten zahlreiche Feierlichkeiten und Gedenkreden anlässlich des 40. Jahrestags der "Fünf Koexistenzprinzipien" stattgefunden, an deren Wiege China neben Indien und Birma gestanden hatte.

Spannungen tauchten im Verhältnis zu Europa auf: Frankreich erregte den Unwillen der VR China, weil die Regierung dort im November 1992 den Verkauf von 60 Mirage-2000 Kampfbombern an Taiwan bewilligt hatte. Die neue konservative Regierung Balladur machte die Genehmigung allerdings rückgängig - nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Kalkülen. Trotzdem kam es beim Beijing-Besuch Balladurs im März zum Eklat.

Auch mit Großbritannien hatte China Schwierigkeiten, vor allem im Zusammenhang mit der Hongkong-Frage und den forcierten Demokratisierungsbemühungen des Gouverneurs Patten in der 1997 an China zu übergebenden Kronkolonie.

Spannungen gab es auch beim Deutschlandbesuch von Ministerpräsident Li Peng im Juli. Zwar kam es zur Unterzeichnung mehrerer Wirtschaftsabkommen, doch entwickelte sich der zweite Teil der Visite zu einer Art Spießrutenlaufen für den chinesischen Gast, vor allem in Berlin, Weimar und München.

Während die chinesisch-europäischen Beziehungen eine Eintrübung erlebten, begann im lange Zeit gespannten chinesisch-amerikanischen Verhältnis eine Aufhellung: Im Oktober besuchte US-Verteidigungsminister Perry die VR China und nahm damit die seit 1989 unterbrochenen Beziehungen zwischen den Armeen beider Länder wieder auf. Darüber hinaus kam es zu einem zweimaligen Treffen zwischen US-Präsident Clinton und dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin innerhalb einer Jahresfrist, und zwar bei der APEC-Tagung in Seattle (November 1993) sowie bei der APEC-Gipfelkonferenz in Jakarta (November 1994). Zwar führen die Fragenbereiche Taiwan, Tibet, Menschenrechte und GATT/WTO immer wieder zu gewissen Verstimmungen; seit die USA jedoch beschlossen haben, die Meistbegünstigungsklausel nicht mehr mit der Menschenrechtsfrage zu verkoppeln, sieht die VR China wieder Licht am Ende des Tunnels.

Die häufigen Auftritte Li Pengs auf der Bühne der Außenpolitik haben erneut gezeigt, daß der Ministerpräsident im Arbeitsteilungsplan des Politbüros weitgehend auf den außenpolitischen Bereich verwiesen - wenn nicht eingengt - wurde - eine Weichenstellung im Hinblick auf die Zeit nach Deng Xiaoping!

### - Innenpolitik und Gesellschaft -

Sebastian Heilmann

Viele der innenpolitischen Entwicklungstrends und Konfliktpotentiale, die sich bereits 1993 erkennen ließen, haben sich 1994 weiter ausgeprägt. Hierzu gehören etwa

- die Schwächung des Zusammenhalts der Parteiorganisation durch Korruption und Illoyalitäten auf den unteren Organisationsebenen,
- die Reibungen zwischen der Beijinger Zentrale und regionalen Führungen in so unterschiedlichen Bereichen wie Fiskalpolitik, Eindämmung der Inflation oder Korruptionsbekämpfung,
- wachsende Unzufriedenheiten unter den gesellschaftlichen Gruppen, die sich zu den Verlierern der Reformpolitik zählen (staatliche Industriearbeiter, Teile der Bauernschaft und der Funktionärsschicht).

Zugleich wurde 1994 aber deutlich, daß die Beijinger Führung sich verstärkt bemüht, diesen aus ihrer Sicht bedrohlichen Erscheinungen entgegenzuwirken. Vor allem im Hinblick auf die *Parteiorganisation*, die das politische System zusammenhalten soll, hat die Beijinger Führung im letzten Jahr versucht, sich den Verfallserscheinungen entgegenzustemmen. Zahllose Dokumente und Direktiven zur "Stärkung des Parteaufbaus" wurden verbreitet. Die demonstrative Disziplinierung bestimmter Provinzfürhungen - durch namentliche Kritik in Parteigremien bis hin zu Abberufungen der Spitzenfunktionäre - und die Entsendung zehntausender Kader zur "Ausrichtung" der KP-Basisorganisationen in ländlichen Regionen machten deutlich, daß die Parteiführung keinesfalls bereit ist, die Erosion ihrer politischen Kontrollmacht widerstandslos hinzunehmen.

Die gespannten Beziehungen zwischen Zentralregierung und regionalen Führungen erfuhren 1994 keine durchgreifende Verbesserung. Mitglieder der Beijinger Partei- und Staatsführung verurteilten wiederholt die Kräfte des "Regionalismus", "Dezentralismus" und "Fraktionalismus" in den Provinzverwaltungen: Anweisungen und Entschlüssen der Parteizentrale würden unter dem Vorwand besonderer regionaler Umstände umgangen und die Autorität der Zentralregierung mißachtet. Um diesen Tendenzen entgegenzutreten und zugleich eine Verjüngung der Führungsgremien durchzusetzen, hat die Parteizentrale im Dezember ein umfassendes Revirement unter den Provinzfürhungen in Gang gesetzt.

Während die regionalen Führungen im Einzugsbereich des Yangzi-Unterlaufs (Shanghai, Jiangsu, Anhui, Zhejiang) tendenziell zu den loyaleren Statthaltern der zentralen Parteiführung gehören, scheint die politische Autorität der Zentralgewalt in armen, aber politisch gewichtigen Inlandsregionen wie Shaanxi, Sichuan oder Hunan gefährdet zu sein.

Ausnahmen bilden hier allerdings die Regionen mit dem größten ethnischen Konfliktpotential (Tibet und Xinjiang), die nicht nur einer strengeren Aufsicht durch die Zentrale unterliegen, sondern auch zum Ziel einer verstärkten *hanchinesischen* Kolonisierung und einer forcierten wirtschaftlichen Modernisierung geworden sind. Die Zentralregierung hat angekündigt, ihre Zuwendungen an diese Regionen zu erhöhen, und die reichen Ostküsten-Provinzen dazu anhalten, einen eigenen Beitrag zur Entwicklung der Minderheitenregionen zu leisten. Der politischen Führung in Tibet wurden außerdem beachtliche wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume zugestanden.

Belastet ist das Verhältnis zwischen Zentralregierung und Provinzverwaltungen weiterhin in der Frage der Verteilung des Steueraufkommens: Die Anfang 1994 vorge-

nommene, von Seiten der Machtzentrale mit großen Hoffnungen bedachte Steuerreform hat bisher die Erwartungen Beijings nur unzureichend erfüllt. Die Provinzfürhungen haben es zum Teil verstanden, die Steuerreformen, die eigentlich die fiskalische Stellung der Zentralregierung stärken sollten, für ihre eigenen Zwecke zu nutzen.

In der Beijinger Machtzentrale hat sich 1994 eine Entwicklung verstärkt, die sich schon in den Vorjahren abzeichnete: die politische *Belebung der beiden wichtigsten Repräsentativorgane* der VR China, des Zentralkomitees der KPCh und des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses. In beiden Gremien wächst die Meinungsvielfalt, kritische Stimmen werden deutlicher vernehmbar.

Im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß die Parteispitze zusehends größere Vorsicht gegenüber den gewachsenen regionalen, ressortspezifischen, militärischen und patronagebedingten Interessen walten lassen, die in diesem Gremium vertreten sind. Während der Plenartagung des Zentralkomitees im September erwies sich, daß ohne die entschiedene Fürsprache der Altrevolutionäre personelle Veränderungen zur Zeit kaum mehr reibungslos durchzusetzen sind. Auch die wirtschaftspolitische Strategie und konkrete Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung blieben im Zentralkomitee umstritten. Einigkeit besteht bisher jedoch grundsätzlich darin, daß Wirtschaftsreformen unumgänglich und eine politische Liberalisierung gefährlich seien.

Auch der Ständige Ausschub des Nationalen Volkskongresses, dem die Verabschiedung der meisten Gesetze obliegt, hat in den letzten Jahren seine Position im politischen Entscheidungszentrum gegenüber Parteizentrale und Staatsrat ausbauen können. Der Ständige Ausschub hat 1994 in mehreren wichtigen Fällen die Abstimmung über Gesetzentwürfe abgelehnt, die von der Regierung an das Parlament übermittelt worden waren. Es ist offenkundig schwieriger für die Partei- und Staatsführung geworden, ihren politischen Willen in den Repräsentativorganen widerspruchslos durchzusetzen und absegnen zu lassen.

Der wachsenden institutionellen Selbstbehauptung von Zentralkomitee und Nationalem Volkskongreß steht eine *Führungsspitze* gegenüber, die im Vergleich zu früheren Zeiten und vor dem Hintergrund der internationalen Krise des kommunistischen Systemtyps bislang einen bemerkenswerten Zusammenhalt beweist.

Jiang Zemin, der die höchsten Führungspositionen in Partei, Staat und Militär auf sich vereinigt, hat seine Machtstellung 1994 durch gezielte Umbesetzungen und Beförderungen loyaler Gefolgsleute ausbauen können. Seine Position erscheint heute gefestigter als noch vor einem Jahr. Jiang genießt zur Zeit die Unterstützung der wichtigsten Partei- und Militärführer, denen bewußt zu sein scheint, daß die Einheit des Führungszentrums angesichts vielfältiger zentrifugaler Kräfte im politischen System die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung der Einpartei-herrschaft darstellt. Ob diese Überlebengemeinschaft allerdings auch im Falle einer größeren innenpolitischen Krise zusammenhalten wird, bleibt abzuwarten.

Der *Generationswechsel in der nationalen Führung* kam 1994 ein entscheidendes Stück voran: Die mächtigsten Veteranenkader Deng Xiaoping, Chen Yun und Peng Zhen

spielen seit Herbst des Jahres keine aktive politische Rolle mehr. Sie werden zwar als Symbolfiguren des revolutionären Erbes bis zu ihrem letzten Atemzug bedeutsam bleiben. Aber aufgrund ihres Alters und Gesundheitszustandes sind sie offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Tagespolitik kontinuierlich mit persönlichen Weisungen zu begleiten.

Die *soziale Lage* in der VR China ist in regional sehr unterschiedlichem Maße von Spannungen geprägt. Prekär ist die Situation in den Regionen, die eine hohe Konzentration maroder Staatsunternehmen und im Modernisierungsprozeß zurückbleibender ländlicher Gebiete aufweisen.

Trotz unübersehbarer Krisenerscheinungen (Anstieg der Kriminalität, Ordnungsverfall in ländlichen Gebieten, gelegentliche Streiks in vom Bankrott bedrohten Staatsbetrieben) kam es 1994 nicht zu größeren sozialen oder politischen Unruhen. Dies ist zum Teil auf die erhöhte Alarmbereitschaft und das rasche, gewöhnlich unblutige Eingreifen der Sicherheitskräfte zurückzuführen. Andererseits waren viele lokale Führungen offenbar auch bemüht, Protesten durch Verhandlungen und Zugeständnisse schon in der Frühphase den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die innerchinesische *politische Opposition* wird gegenwärtig vor allem von Veteranen früherer Protestbewegungen getragen, deren Stimme im Ausland mehr Gehör findet als in China selbst. Ende 1993 und Anfang 1994 initiierten Menschenrechtsaktivisten eine Welle von Petitionen und offenen Briefen, in denen politische Reformen gefordert wurden. Die beteiligten Dissidentengruppen konnten kaum mehr als einige Dutzend Mitglieder aufbieten und brachten keine einzige Demonstration zustande. Bemerkenswert ist jedoch, daß einzelne Oppositionsgruppierungen eine neue politische Strategie anzuwenden versuchten: Sie kündigten an, sich der Interessen von Arbeitern und Bauern anzunehmen. Da eine Allianz zwischen Dissidenten, Arbeitern und Bauern eine ernsthafte Bedrohung für das kommunistische Regime darstellen könnte, war die Reaktion des Sicherheitsapparats entsprechend massiv. Fast alle beteiligten Aktivisten befinden sich inzwischen unter Observierung oder Hausarrest, in Haft oder im Exil.

Der Großteil der chinesischen Bevölkerung fühlt sich von der Unterdrückung der Dissidenten und der Verletzung der Bürgerrechte nicht unmittelbar bedroht. Das Schicksal der kleinen Zahl von Dissidenten ist nur für wenige von Interesse. Erheblichen Unmut in der Bevölkerung erregen jedoch Mißstände wie die grassierende Korruption, die Behördenwillkür und der mangelnde Rechtsschutz. Hier geht es oft nicht um politische Freiheiten und Rechte im engeren Sinn: Weitverbreitete Unzufriedenheiten stehen vielmehr im Zusammenhang mit der zwangsweisen Umsiedlung und Zerschlagung ganzer Stadtbezirke im Zuge von kommerziellen Immobilienprojekten, mit der willkürlichen Verhängung von Geldstrafen und Gebühren durch lokale Behörden und mit den unzureichenden Möglichkeiten, sich gegenüber schikanösen Verwaltungsakten zur Wehr zu setzen.

Der Wunsch nach einer Begrenzung willkürlicher Herrschaftsausübung scheint mit dem aufblühenden Geschäftsleben und der zunehmenden privaten Wirtschaftstätigkeit rasch zu wachsen. Das verbreitete *Interesse an einer verantwortlichen, inkorrupten und berechenbaren Form des*

*Regierens* ist bislang allerdings kaum mit Forderungen nach individuellen Freiheits- und politischen Mitwirkungsrechten verbunden. Zur Zeit halten viele Chinesen eine Regierung der starken Hand, die unter den schwankenden Bedingungen der "Sozialistischen Marktwirtschaft" Stabilität und Ordnung garantiert, für notwendig. Die Angst vor dem Chaos geht um; sie wird von der atemberaubenden Geschwindigkeit des Wandels genährt.

1994 haben angesichts der unerfreulichen Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreformen (Inflation, Arbeitslosigkeit, wachsende Einkommensunterschiede, Kriminalität etc.) nostalgische Erinnerungen an die vermeintliche sozialistische Gleichheit, Sicherheit und Ordnung, die zu Lebzeiten Maos geherrscht habe, einen starken Aufschwung in der chinesischen Gesellschaft genommen. Die Idealisierung des diktatorischen, wirtschaftlich rückständigen Willkürregimes der Jahre vor 1978 und eine skeptische Haltung gegenüber der Reformpolitik greifen in Teilen der Bevölkerung um sich. Politisch drücken sich diese Strömungen etwa in Gründungen privater "Mao-Zedong-Studiengruppen" durch unzufriedene Städter aus, in Widerständen gegen wettbewerbsorientierte Reformen in den Staatsunternehmen, in der Popularität einer angeblich erfolgreich operierenden Volkskommune in der Provinz Henan oder auch im Erfolg diverser mehr oder weniger offen reformkritischer Publikationen.

Die Einschätzung, daß die Wirtschaftsreformer um Deng Xiaoping das Banner der sozialen Gerechtigkeit fallen gelassen hätten und nicht entschieden genug gegen unübersehbare Fehlentwicklungen einschritten, ist in der Bevölkerung durchaus verbreitet. Dies belegen sogar in offiziellem Auftrag durchgeführte Umfragen: Viele Chinesen sehen sich trotz des gestiegenen Lebensstandards durch Inflation, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität bedroht und blicken mit Entrüstung und Mißgunst auf den luxuriösen Lebensstil, dem sich korrupte Kader und andere Neureiche hingeben können.

Es wäre ein Fehler, die Bedeutung dieser Stimmungen für die zukünftige politische Entwicklung zu unterschätzen. Das Leitbild einer "sauberen", aber zugleich "starken" Regierung, die für Ordnung im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben sorgen soll, ist in weiten Teilen der Bevölkerung fest verankert, während Forderungen nach politischer Demokratisierung zur Zeit nur geringen Widerhall finden.

Gaben die Ereignisse im Jahre 1994 neue Aufschlüsse darüber, in welche Richtung sich das politische System der VR China verändern könnte? Zeichnen sich neue Strukturen ab, die über die erstarrt scheinenden Institutionen des gegenwärtigen Regimes hinausweisen?

Grundlegende *Veränderungen in der Funktionsweise der Parteiorgane* zeigen sich immer deutlicher in den wohlhabenderen Regionen der Ost- und Südostküste: Dort nehmen Parteikader regen Anteil an den Chancen, die die Wirtschaftsreformen bieten, und leben in enger Symbiose mit der lokalen Unternehmerschaft. Auf den unteren Verwaltungsebenen zeigt sich hier eine oft beachtliche Anpassungsfähigkeit und politisch-wirtschaftliche Flexibilität, die von korruptem Verhalten nicht zu trennen ist.

Da die Arbeit der Parteikomitees unter solchen Bedingungen untrennbar mit wirtschaftlichen Interessen verweben ist, haben sich die Funktionen der Parteiorgane gewandelt: Sie sind, wie es ein orthodoxer Propagandaveteran im Sommer kritisch formuliert hat, zu ideologiefernen "Verwaltungsräten" und "Vorstandsgremien" für Wirtschaft, Handel und Finanzen geworden. An der Ostküste richtet sich die Tätigkeit der meisten Parteiorgane inzwischen fast ausschließlich auf Wirtschaftsfragen, während politisch-ideologische Appelle aus Beijing zusehends auf taube Ohren stoßen.

Die Kommandohierarchie des chinesischen Parteistaates ist geschwächt. Aber dennoch sind die Repräsentanten dieses Staates, die kleinen und großen Kader, überall beteiligt: Auf allen Verwaltungsebenen des politischen Systems sind sie in Wirtschaft und Gesellschaft gegenwärtig, stehen aber nicht in einer klar umrissenen Verantwortung und werden keiner wirksamen Kontrolle unterzogen.

Ein japanischer Autor hat in diesem Zusammenhang den Begriff des "Kaskaden-Autoritarismus" geprägt. Dieses Konzept umschreibt treffend wichtige Merkmale des gegenwärtigen politischen Systems:

- Auf jeder Stufe der Verwaltung werden die Vorgaben der übergeordneten Ebenen im Rahmen der lokalen Interessen- und Kräftekonstellation "verwässert" und uminterpretiert (vertikale Dimension).
- Auf den unteren Verwaltungsebenen (Dörfer, Gemeinden, Kreise, Bezirke) haben sich Machtstrukturen verfestigt, die von einem dichten Beziehungsgewebe zwischen Parteifunktionären, Beamten der Wirtschaftsbehörden, Bankleitern und Unternehmern geprägt sind (horizontale Dimension).
- Diese neuen Strukturen tragen keineswegs zu einer Öffnung oder gar Demokratisierung lokaler politischer Strukturen bei, sondern führen zu einer Allianz zwischen Machtelite (kommunistische Partei- und Verwaltungskader) und neuer Wirtschaftselite (Unternehmer, Finanzmanager), die den Großteil der Bevölkerung ausschließt.

Dieser "Kaskaden-Autoritarismus" könnte sich als zukunftsfruchtige Struktur erweisen. Gleich was in Beijing passiert: Die durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen begründeten lokalen Macht- und Beziehungsgeflechte dürften sich gegenüber politischen Krisen in der Parteizentrale als ziemlich stabil erweisen. Auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion haben sich ähnliche - als "Familiengruppen" oder "Parteien der Macht" bezeichnete - Strukturen bis heute in vielen Regionen behaupten können; sie wurden durch den Zusammenbruch von KPdSU und Sowjetunion nicht zerstört, sondern in ihrer lokalen Machtstellung gestärkt.

In den zentralen Führungsorganen der VR China ist allerdings - trotz der Kräfteverschiebungen auf den unteren Ebenen des Parteistaates - der Wille zur Machtdurchsetzung und landesweiten politischen Kontrolle ungebrochen. Die Beijinger Parteispitze ist nicht bereit, die Erosion ihrer Autorität ohne Gegenwehr hinzunehmen. Den Erfahrungen der letzten Jahre zufolge ist es jedoch unwahrscheinlich, daß die 1994 von der Parteizentrale eingeleiteten Schritte zur Disziplinierung der regionalen Führungen die Herausbildung einer stärker dezentralisierten, aber unverändert autoritären Herrschaftsorganisation rückgängig machen werden.

## - Wirtschaft -

Margot Schüller

Das zweistellige Wirtschaftswachstum wurde 1994 durch die starke Inflationsausweitung überschattet. Die Maßnahmen zur Beschränkung von Krediten und Investitionen sowie zur Abbremsung des Preisanstiegs konnten nicht verhindern, daß die Geldmenge (M2) 1994 um 34,4% gegenüber 1993 zunahm und die Einzelhandelspreise um 21,7% stiegen.

In seinem Regierungsbericht von Anfang März 1995 zählte Ministerpräsident Li Peng die Gründe für die hohe Inflation auf: Anhebung der Verkaufspreise von Getreide, Baumwolle, Rohöl und anderer Produkte, die Vereinheitlichung des Wechselkurses und der Anstieg der landwirtschaftlichen Inputpreise. Auch die Anlageinvestitionen und die konsumtiven Ausgaben der staatlichen Institutionen seien zu hoch gewesen. Um starke Schwankungen in der Wirtschaftsentwicklung zu vermeiden, habe die Regierung nicht hart abbremsen oder umfassende Dämpfungsmaßnahmen durchgeführt mit der Folge, daß die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der Inflation weiter zugenommen hätten. Letztlich sei auch die Unvollkommenheit der Märkte - die einigen Unternehmen mit Monopol- oder Oligopolstatus die Durchsetzung hoher Preise ermöglichte - ursächlich für die Inflationsausweitung gewesen. (Chinesische Central TV, 5.3.95, nach SWB, 7.3.95)

Da der Anstieg der Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten auf über 20% aufgrund der damit verbundenen negativen Einkommenswirkungen als politisch destabilisierend betrachtet wurde, erfolgten weitgehende administrative Eingriffe in das Preissystem. Gleichzeitig wurde die Umsetzung radikaler Maßnahmen zur Umstrukturierung der staatseigenen Verlustunternehmen, die Massenentlassungen zur Folge gehabt hätte, zugunsten der politischen Stabilität auf das Jahr 1995 verschoben. Da ein soziales Sicherungsnetz für Arbeitslose und Rentner erst im Aufbau begriffen ist, mußten neue staatliche Kredite das Überleben dieser Unternehmen und damit die Beschäftigung sichern. Die für 1994 vorgesehene Bankenreform konnte ebenfalls nur ansatzweise realisiert werden, da die Banken weiterhin Kredite an Verlustunternehmen vergeben mußten, die wiederum hoch bei den Banken verschuldet sind. Zu den Stabilisierungsmaßnahmen zählte auch die Konsolidierung der Warenertermin- und der Wertpapiermärkte, die Reduzierung ihrer Anzahl bzw. verschärfte Vorschriften und Bestimmungen.

Um die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Provinzen und Regionen im gesamtwirtschaftlichen Interesse besser aufeinander abzustimmen, hat die Staatliche Planungskommission (SPK) im Frühjahr 1994 *industriepolitische Richtlinien* für die 90er Jahre vorgelegt. Der SPK, die sich aus der direkten administrativen Lenkung der Wirtschaft über Quoten und Zuteilung von Investitionsmitteln weitgehend zurückgezogen hat, wurde damit wieder eine wichtige Funktion eingeräumt. Die industriepolitischen Richtlinien nennen als Förderungsschwerpunkte die Landwirtschaft, Rohstoffindustrien, Infrastruktur, Schlüsselindustrien, Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Technologieentwicklung sowie die Förderung des

### Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren (Reale Wachstumsraten in Prozent)

	1991	1992	1993	1994
Bruttoinlandsprodukt	8,0	13,6	13,4	11,8
Wertschöpfung Industrie	13,8	21,9	21,1	18,0
Wertschöpfung Landwirtschaft	2,4	4,7	4,0	3,5
Anlageinvestitionen (gesamt, in Mrd. Yuan)	551	785	1246	1593
Wachstumsrate	23,8	42,6	58,6	27,8
Anlageinvestitionen (staatl. Einheiten)	363	527	766	1135
Wachstumsrate	24,3	45,4	45,2	34,2
Geldmenge (M2)	26,5	31,3	24,0	34,4
Einzelhandelspreise	2,9	5,4	13,2	21,7
Lebenshaltungskosten	3,4	6,4	14,7	24,1
- Städt. Bevölkerung	5,1	8,6	16,1	25,0
- Ländl. Bevölkerung	2,3	4,7	13,7	23,4

## Quellen:

*Zhongguo Tongji Nianjiang, 1992-1994; Statistical Bureau Kommuniké on China's Economic Development 1994; Xinhua News Agency, 28.2.95, nach SWB, 2.3.95.*

tertiären Sektors. Ausführliche Richtlinien für beispielsweise die Entwicklung des Automobilssektors wurden von der SPK bereits im Juli 1994 vorgelegt.

Trotz weitreichender Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsrechte auf die Lokalregierungen entscheidet die Zentralregierung nach wie vor über eine Reihe wichtiger Schlüsselbereiche. Hierzu zählen u.a. die Zulassung von Wertpapier- und Warenterminkmärkten, die Standorte für die Ansiedlung von Joint-Venture-Unternehmen und Auslandsbanken, über Außenhandelslizenzen, etc.

Der *Staatshaushalt 1994* sah eine Veränderung des Steuersystems mit Einführung neuer Steuerarten und einer Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentrale und Lokalregierung vor. Die Haushaltsplanung ging von Staatseinnahmen in Höhe von 475,99 Mrd. RMB (+7,7%) aus. Ab 1994 wird das ohne Berücksichtigung von Kreditaufnahme bzw. Rückzahlung errechnete Haushaltsdefizit nicht mehr über die Zentralbank, sondern über die Emission von Staatsanleihen gedeckt. Die Schuldensituation für 1994 umfaßt demnach neben dem Haushaltsdefizit in Höhe von 66,9 Mrd. RMB einen Betrag von 48,08 Mrd. RMB für die Rückzahlung in- und ausländischer Kredite einschließlich Zinsen sowie neue Auslandskredite in Höhe von 14,25 Mrd. RMB, so daß sich ein insgesamt zu finanzierender Fehlbetrag von 129,25 Mrd. RMB ergibt. Bis Mitte 1994 wurde dieser über die Emission von Staatsanleihen in Höhe von rd. 100 Mrd. RMB zumindest teilweise gedeckt.

Erste Meldungen zur Entwicklung des Staatshaushalts nach Einführung der Steuerreformen weisen auf einen Anstieg der Einnahmen bis November 1994 um 18,9% und der Ausgaben um 22,1% hin. Allerdings scheinen die Provinzbehörden entgegen der ursprünglichen Zielsetzung der Reform, einen höheren Anteil der Einnahmen für sich

in Anspruch zu nehmen. Während bis Mitte 1994 die Einnahmen der Zentralregierung um 11,5% stiegen, erhöhten sich die Einnahmen der Lokalregierungen im Durchschnitt um 39%.

Größere Schwankungen des *landwirtschaftlichen Outputs* traten auch 1994 auf. So sank die Getreideproduktion 1994 auf 444,5 Mio.t, ein Rückgang um 2,5% gegenüber 1993. Auch der Output von zuckerhaltigen Pflanzen, Hanf und Tabak ging zurück, während die starke Förderung der Baumwollproduktion eine Steigerung um 13,6% auf 4,25 Mio.t möglich machte. Das Angebot wichtiger landwirtschaftlicher Produkte kann keineswegs als stabil bezeichnet werden und hinkt dem Bevölkerungswachstum und der steigenden Nachfrage der Industrie hinterher.

### Outputentwicklung ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte (Mio.t)

	1991	1992	1993	1994
Getreide	435	443	456	446
Ölhalt. Pflanzen	16,4	16,4	18,0	19,8
Baumwolle	5,7	4,5	3,7	4,3
Zuckerrohr	67,9	73,0	64,2	60,9
Zuckerrüben	16,3	15,1	12,0	12,5

## Quellen:

*Zhongguo Tongji Nianjin, 1994 und Statistical Bureau Kommuniké on China's Economic Development 1994.*

Im *Energie- und Transportsektor* konnten 1994 zwar größere Zuwächse realisiert werden, doch hielten diese immer noch nicht mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempo Schritt. Die Elektrizitätserzeugung erhöhte sich 1994 um 9,6% auf 920 Mrd kWh. Obwohl die Stromerzeugung zunahm, traten in vielen Städten auch im letzten Jahr Stromabschaltungen auf, und bestehende Versorgungslücken (15-20%) konnten nicht geschlossen werden. Für die angestrebte Kapazitätsausweitung von 183 kW (1993) auf 300 kW (2000) werden Investitionen in Höhe von 650 Mrd. RMB notwendig sein; ein Anteil von 25 Mrd. US\$ soll durch Direktinvestitionen und Kredite aus dem Ausland aufgebracht werden. In etwa 50 Kraftwerksprojekten ist die Beteiligung ausländischer Investoren über BOT-Modelle gewünscht. Laufende Verhandlungen erwiesen sich als sehr schwierig, da u.a. die Frage der Strompreise solcher Kraftwerke und die Gewinnspanne für Auslandsinvestoren geklärt werden muß. Neben der Ausweitung der Kapazitäten sind Verbesserungen bei der Energieausnutzung dringend erforderlich, da mit einem weiteren Bedarfsanstieg energieintensiver Branchen zu rechnen ist. Allerdings wird eine breite Einführung energiesparender Techniken aufgrund des Kapitalmangels kaum möglich sein.

Mit einem Anteil von rd. 75% blieb Kohle der wichtigste Energielieferant und wird es nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur auch langfristig bleiben, da bis zum Jahre 2010 lediglich eine Anteilsreduzierung auf 70% erwartet wird. Als größter Produzent von Stein- und Braunkohle exportiert China im Durchschnitt rd. 20 Mio.t

jährlich. Die meisten Wirtschaftssektoren sind durch eine hohe Abhängigkeit von Kohle gekennzeichnet. Die wichtigste Quelle für Auslandskapital zur Modernisierung der Kohleindustrie sind japanische Kredite sowie Kredite der Weltbank und Regierungskredite aus Schweden und Italien. Hierbei geht es auch um die Reduzierung der Schadstoffemission. Aufgrund des hohen Kohleanteils wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur um jährlich 3,9-4,1% bis zum Jahre 2010 steigen.

#### Outputdaten des Energie- und Transportsektors

	1991	1992	1993	1994
Kohle (Mio.t)	1.087	1.116	1.151	1.210
Rohöl (Mio t)	141	142	145	146
Elektrizität (Mrd.KwH)	678	754	840	920
Frachtvolumen (Mrd.t/km)	2.799	2.922	3.051	3.327
- Eisenbahn (Mrd.t/km)	1.097	1.158	1.195	1.246
- Straße (Mrd.t/km)	343	376	407	448

#### Quellen:

*Zhongguo Tongji Nianjin, 1994* und *Statistical Bureau Kommuniké on China's Economic Development 1994.*

Den zweitgrößten Beitrag zur Energieversorgung leistet Erdöl mit einem Anteil von rd. 20%. Allerdings ist auch dieser Energiebereich durch eine zu langsame Produktionsentwicklung im Verhältnis zur hohen Nachfragesteigerung gekennzeichnet. Bis neue Erdölfelder im Tarim-Becken und in Offshore-Bohrungen gänzlich erschlossen sind, wird auf die Stabilisierung der bekannten Erdöllager wie Daqing und Shengli gesetzt. Inzwischen ist China zum Nettoerdölimportland geworden. Da die inländischen Preise über den Weltmarktpreisen liegen, erhöhte sich die Einfuhr drastisch nach Zulassung neuer Importunternehmen, die Erdöl mit hohen Gewinnen auf dem Inlandsmarkt weiterverkauften. Um die Importentwicklung stärker kontrollieren zu können und die inländische Erdölindustrie vor Verlusten zu schützen, erfolgte im Mai 1994 eine Beschränkung der Einfuhrlicenzen auf die drei großen staatlichen Erdölkonzerne. Damit die inländischen Produzenten ihre Lager abbauen konnten, wurde außerdem die Einfuhr von Erdölprodukten für mehrere Monate ausgesetzt. Langfristig wird mit einer Erhöhung des chinesischen Anteils am Welterdölverbrauch von 4,1% (1992; bei einem Beitrag zur Weltproduktion von 4,5%) auf 7,3% (2010; bei einem Beitrag von 4,3%) gerechnet. Um die nach chinesischen Angaben auf 98 Mrd.t geschätzten Ölreserven zu erschließen, wurden schrittweise ausländische Partner an Offshore-Explorationen und im Tarim-Becken beteiligt, das zwar große Reserven enthalten soll, aber bis heute jedoch erst mit 1,9 Mio.t zum Gesamtoutput beiträgt.

Ebensowenig wie der Energiesektor hat die Verkehrsinfrastruktur mit der schnellen Wirtschaftsentwicklung Schritt halten können. Nach Schätzungen sind für den Ausbau des Verkehrsnetzes allein rd. 100 Mrd.US\$ notwendig, und

die Beteiligung ausländischer Unternehmen über BOT-Projekte wird erforderlich sein, um die hochgesteckten Ziele im Transportsektor zu erreichen.

Die chronische Überlastung des Eisenbahnnetzes führte auch 1994 zu Wartezeiten beim Transport von insbesondere Kohle, Erdöl, Eisen und Stahl sowie Getreide. Um die unzureichende Beförderungskapazität auszuweiten, sollen bis zum Ende des Jahrzehnts das derzeitige Streckennetz um ein Drittel auf rd. 70.000 km erhöht und die Hauptstrecken elektrifiziert werden. Der Bau verschiedener Eisenbahnstrecken schließt auch eine Direktverbindung zwischen Beijing und Hongkong (2.370 km) mit Unterstützung von Krediten der Asiatischen Entwicklungsbank ein, die bis 1995 fertiggestellt werden soll. Vorgesehen ist auch der Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Inlandsregionen und ihre Anbindung an die Küstenregionen sowie der Bau von Bahnstrecken für den Hochgeschwindigkeitsverkehr. So soll auf der 1.330 km langen Strecke Beijing-Shanghai bis zum Jahr 2000 eine doppelgleisige Neubaustrecke für eine Zuggeschwindigkeit von maximal 350 km/h angelegt werden. Um den Bedarf im Personentransport zu befriedigen, soll die jährliche Transportkapazität um 5,5% bis zum Dekadenende erhöht werden.

Mitte 1994 wurden die in der Fünfjahresplanung für den Telekommunikationssektor festgelegten Ziele vorzeitig erfüllt und eine Kapazität bei den Telefonanschlüssen von 48,8 Mio. erreicht. Die Telefondichte hat inzwischen eine Größe von 3,2% erreicht, doch bestehen zwischen Stadt und Land noch erhebliche Unterschiede. Einige Großstädte weisen bereits eine relativ hohe Telefondichte auf, z.B. Beijing (Innenbezirke) 23 Anschlüsse pro 100 Einwohner. Der geplante Ausbau des Telekommunikationssektors in den nächsten fünf Jahren sieht die Ausweitung der Anschlüsse auf 140 Mio. Stück sowie die Erhöhung der Telefondichte auf 8% landesweit und 30-40% in den Städten vor. Um diese Vorstellungen realisieren zu können, werden Investitionen in Höhe von ca. 56 Mrd.US\$ erforderlich sein.

Die *Industrieproduktion* wies 1994 eine Zunahme der Wertschöpfung von 18% aus. Wachstumsimpulse gingen erneut vor allem von der nichtstaatlichen Industrie aus. So erhöhte sich die Wertschöpfung in den staatseigenen Industriebetrieben lediglich um 5,5%, in den kollektiveigenen Unternehmen um 21,4% und in den Unternehmen mit Auslandskapital um 28%. Die Steigerung der Industrieproduktion wies ein regional sehr unterschiedliches Muster auf. Die Zunahme der Industrieproduktion in den Küstenprovinzen wie z.B. Jiangsu (25%) und Guangdong (22,4%) lag zur Jahreshälfte 1994 wieder weit über dem landesweiten Durchschnitt von 16%. Neben der Bauindustrie als Zugpferd trugen zum hohen Industriewachstum die übrigen Schlüsselindustrien bei. Durch die starke Nachfrage aus der Bauwirtschaft, der Nahrungsmittel- und der Automobilindustrie hat der Maschinenbau weiter expandieren können. Von Januar bis September 1994 stieg der Output dieser Branche um 9%, der Umsatz um 14% und die Exporte erhöhten sich um 34% auf 15 Mrd.US\$. Langfristig besteht die Vorgabe, bei einer jährlichen Wachstumsrate von 13-14% den Produktionswert des Maschinenbausektors bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln und den Anteil des Maschinenbaus an der landesweiten Industrieerzeugung auf rd. ein Drittel zu erhöhen.

Mit Hilfe des Auslands modernisiert und expandiert auch Chinas Automobilindustrie. Bereits 1993 wurden 1,25 Mio. Fahrzeuge einschließlich 230.000 Limousinen mit einem Produktionswert von 130 Mrd. RMB hergestellt. 1994 belief sich die Gesamtzahl der Fahrzeuge auf 1,402 Mio. Stück; bei den Limousinen ist eine Produktionszahl von 350.000 Stück vorgesehen. Langfristige Prognosen gehen von einer jährlichen Nachfragesteigerung der privaten Haushalte, auf die bislang erst 60.000 Kfz entfallen, in Höhe von 1,2-1,6 Mio. Fahrzeugen bis zum Jahr 2005 aus. Die industriepolitischen Richtlinien für die Entwicklung des Automobilssektors sehen vor, die bestehenden Joint-Venture-Unternehmen in der Kfz-Industrie in ihrer Aufbauphase zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde die Genehmigung neuer Autowerke für die folgenden drei Jahre ausgesetzt.

Die Elektronikindustrie profitierte vom Zufluß ausländischen Kapitals und Technologie in mehr als 5.000 Unternehmen. Hierdurch konnte die Branche bereits 1993 ihre Elektronikexporte um 18% auf 8,1 Mrd. US\$ erhöhen. Bis September 1994 stiegen Outputwert und Umsatz der Elektronikindustrie um 32% bzw. 34%. Als wichtiger Devisenbringer mit Exporten von rd. 27 Mrd. US\$ (1993) befindet sich die Textilindustrie noch immer in einer Umstrukturierungsphase mit Abbau überschüssiger Kapazitäten, Modernisierung ihrer Ausrüstung sowie der Verbesserung von Produktqualität und Betriebseffizienz.

Als zunehmende Belastung beim Aufbau eines modernen Industriesektors stellt sich die Staatsindustrie dar. Um die Sanierung der Staatsbetriebe voranzutreiben, sollen in einem zweijährigen Experiment 100 Unternehmen ab 1995 umstrukturiert werden. Hierbei sollen u.a. die Eigentumsrechte der Unternehmen geklärt, Betriebe mit beschränkter Haftung gebildet und überschüssige Arbeitskräfte abgebaut werden. Aus ideologischen Gründen und aus Furcht vor sozialer Instabilität als Folge von Massenentlassungen wird eine umfassende Privatisierung der staatseigenen Industrie nach wie vor ausgeschlossen, obwohl vereinzelt Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften mit gemischten Eigentumsrechten umstrukturiert wurden.

Die *außenwirtschaftliche Entwicklung* verlief 1994 recht erfolgreich. Nachdem Chinas Außenhandel 1993 mit einem Defizit von rd. 12 Mrd. US\$ abgeschlossen hatte, konnte bis Ende 1994 ein erneuter Ausgleich der Handelsbilanz und sogar ein Überschuß in Höhe von 5,3 Mrd. US\$ erreicht werden. Die positive Kehrtwende im Außenhandel wurde durch die Vereinheitlichung des Wechselkurssystems und die damit verbundene Abwertung der chinesischen Währung sowie durch die stärkere Kontrolle über den Devisenzugang für die Finanzierung von Importen chinesischer Unternehmen erreicht.

Mit den USA als dem drittgrößten Handelspartner nach Japan und Hongkong haben sich die Beziehungen nach der Verlängerung der Meistbegünstigung und dem Besuch des amerikanischen Wirtschaftsministers 1994 zwar etwas entspannt. Die USA haben mit China jedoch inzwischen das zweitgrößte Defizit im Außenhandel. Nach US-Statistiken belief sich dies 1993 auf 23 Mrd. US\$ und betrug bis November 1994 bereits 21 Mrd. US\$. Erhebliche Divergenzen bestehen nicht nur über das Defizit im Außenhandel, sondern auch über Fragen des Urheberrechts, des

Textilhandels und der außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas, die die kritische Position der USA gegenüber einem GATT-Beitritt Chinas begründeten. China wurde deshalb 1994 noch nicht als Vertragspartei in das GATT aufgenommen. Neben Japan wird Südkorea immer wichtiger als Wirtschaftspartner für China, sowohl hinsichtlich des Außenhandels als auch in bezug auf die Auslandsinvestitionen. Vor allem beim Aufbau der Elektronik-, Automobil- und Luftfahrtindustrie gewinnt Südkorea an Bedeutung.

Zur Finanzierung der Infrastruktur und Modernisierung veralteter Industrieanlagen griff China 1994 verstärkt auf Auslandskredite zurück. Damit wird sich die Auslandsverschuldung von 83,5 Mrd. US\$ Ende 1993 auf voraussichtlich rd. 100 Mrd. US\$ Ende 1994 erhöhen. Steigende Exporte sowie ein weiterhin hoher Zufluß von Auslandskapital haben gleichzeitig die Devisenreserven beträchtlich erhöht, und zwar auf 43,7 Mrd. US\$ bis Oktober 1994. Trotz eines Rückgangs beim zugesagten Investitionsvolumen stiegen die realisierten Direktinvestitionen 1994 um 22,8% auf 33,8 Mrd. US\$ an. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der in China registrierten Unternehmen mit Auslandskapital auf 206.000, ein Anstieg um 40.000 gegenüber 1993.

In der 2. Jahreshälfte 1994 haben eine Reihe von Finanzskandalen und Fällen von Nichteinhaltung von Verträgen mit ausländischen Unternehmen die Kreditwürdigkeit chinesischer Firmen beeinträchtigt und dazu beigetragen, daß das Investitionsklima sich zumindest graduell verschlechtert hat. Problematisch erscheint auch, daß sich die Lohnkosten für Joint-Venture-Unternehmen sowie Mieten und Nebenkosten rasant erhöht haben. Sollte diese Entwicklung nicht aufgehalten werden, könnten die Attraktivität Chinas als Investitionsstandort und damit die hochfliegenden Entwicklungspläne der chinesischen Regierung gefährdet werden. Auslandsunternehmen liefern nicht nur die dringend benötigte Technologie, sondern trugen 1994 mit 28,7% (1993: 27,5%) zum gesamten Export bei.

Im *Tourismussektor* stiegen die Besucherzahlen 1994 um 5,2%, und die Einnahmen aus dem Tourismus beliefen sich auf 7,323 Mrd. US\$. Die Tourismusbranche verfügte 1994 (bis September) über 3.238 Reiseagenturen und 1.186 Hotels, die mindestens einen Stern und damit eine gehobene Ausstattung aufweisen. Nach Einschätzung der chinesischen Tourismuszentrale gibt es allerdings in vielen Provinzstädten noch zu wenig Hotels der gehobenen Klasse, und 10% der Hotels müßten renoviert werden. Bislang absorbierte der Tourismussektor Auslandsinvestitionen in Höhe von rd. 7 Mrd. US\$. Die weitere Steigerung des Tourismus wird vor allem abhängig sein von Verbesserungen im Transportsektor, insbesondere bei den Inlandflügen, sowie einem Ausbau konkurrenzfähiger Hotelanlagen in Süchina.

Die *Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland* entwickelten sich 1994 weiter sehr positiv. Trotz der von China viel beklagten EU-Quoten gelang es den chinesischen Händlern bei den Hauptausfuhrgütern, ihre Lieferungen im 1. Halbjahr 1994 weiter zu erhöhen. Hierzu zählten insbesondere Bekleidung (+17,9%), elektrotechnische Erzeugnisse (+21,8%), Schuhe und Lederwaren (+23,8%), Kinderspielzeug (+4,4%) und Waren aus Kunststoffen (+7,6%). Die größten Steigerungsraten wiesen mit 74% die Maschinenimporte auf.

Der Erfolg Chinas bei der Lieferung von Textilien und Bekleidung hat allerdings dazu beigetragen, die deutsche Bekleidungsindustrie unter starken Druck zu setzen. Die Industrie hat bereits ihre Produktion in großem Umfang ins Ausland verlagert. Auch die Lederbranche wurde durch die Konkurrenz aus China stark bedrängt. Die Branche, die eine Einfuhrquote von über 60% aufweist, importiert einen Anteil von 35,4% ihres Importvolumens (Januar bis April 1994) aus China, das zum wichtigsten Lieferanten aufgestiegen ist.

Bei einer Reihe deutscher Exporte nach China mußten im 1. Halbjahr 1994 Einbrüche hingenommen werden, insbesondere bei Kraftfahrzeugen bzw. Kfz-Teilen (-39,4%). Aufgrund von Importbeschränkungen für Fahrzeuge sowie wegen der höheren Anforderungen an den in China selbst produzierten Anteil beim Automobilbau (local content) fiel diese Exportgütergruppe hinter die Entwicklung des 1. Halbjahres 1993 zurück. Weiterhin gab es eine starke Reduzierung der Eisen- und Stahlimporte (-61,9%). Der deutsche Maschinenbau konnte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres dagegen seine Lieferungen nach China insgesamt um 29% auf 2,3 Mrd. DM erhöhen. Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen stellten einen Anteil von 44,4% am Gesamtexport.

In den Jahren 1993 und 1994 hat sich das Engagement deutscher Unternehmen in China deutlich verstärkt, da Asien und insbesondere die VR China als Markt und Investitionsstandort an Attraktivität gewonnen hat. Der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Deutschland im Juli 1994 gilt als Zeichen für eine weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Während des Li Peng-Besuches wurden Lieferverträge und Kooperationsabkommen im Werte von rd. 5 Mrd. DM abgeschlossen.

## Oskar Weggel

# China - ein Gefahrenherd?

Chinas schneller wirtschaftlicher Aufstieg, der sich in den 90er Jahren vor allem in zweistelligen Zuwachsraten zeigt, darüber hinaus aber auch die Zunahme seines militärischen Potentials und nicht zuletzt die u.a. von Samuel Huntington ausgelöste Diskussion über einen drohenden "Zusammenstoß der Zivilisationen" haben nicht nur bei den asiatischen Nachbarn des Reichs der Mitte, sondern auch im Westen die Frage ausgelöst, ob am Horizont eine neue Gefahr heraufzieht und wie dieser "Gefahr" zu begegnen sei.

Drei Aspekte spielen dabei eine hervorragende Rolle, nämlich die militärische, die kulturelle und die wirtschaftliche "Bedrohung".

### I China als "militärische Gefahr"

Eine Reihe von Konflikten mit Nachbarstaaten, nicht zuletzt aber auch der üppige Waffenhandel der VRCh sowie die Erhöhung des Militärhaushalts um je 22% in den Jahren 1994 und 1995 haben dazu geführt, daß das Mißtrauen zahlreicher asiatischer Nachbarn, nicht zuletzt aber auch der USA, in den vergangenen Jahren gewachsen ist: Da ist einmal die im Südchinesischen Meer weiter tickende Zeitbombe der Spratly-Frage, an der mehrere Staaten, vor allem aber China und Vietnam, beteiligt sind und die schon eine Reihe von kleineren militärischen Zusammenstößen ausgelöst hat. Ferner gibt es Gerüchte um eine "zwei Ozean-Strategie" der VR China, in deren Kontext die VBA (vor allem von Indien!) beschuldigt wird, einen Horchposten im Golf von Bengalen zu errichten - und zwar im Bereich des Irrawaddy-Deltas sowie im südbirmanischen Hafen von Mergui.<sup>1</sup>

Beunruhigend für viele asiatische Nachbarn sowie für die USA ist ferner die Tatsache, daß China in den vergangenen Jahren kräftig am weltweiten Waffenhandel beteiligt war und dabei nicht nur als Verkäufer, sondern auch als Erwerber von Waffen auftritt. Von den chinesischen Gesamt Waffenverkäufen in Höhe von rd. 5,2 Mrd. US\$ an die Dritte Welt zwischen 1984 und 1987 sind vermutlich 80% an den Iran und den Irak gegangen. Als der frühere amerikanische Außenminister Baker im November 1991 nach China reiste, führte er in seinem Reisegepäck auch ein Verzeichnis mit, in dem die Exporte schwerer Waffen aus China in die Dritte Welt aufgelistet waren, u.a. an Schwarzafrika, an Nahost, nach Europa (Albanien), vor allem aber nach Asien - und hier wiederum besonders nach Bangladesch, Kambodscha, Nordkorea, Myanmar, Pakistan, Sri Lanka und Thailand.<sup>2</sup>